

## Anlage 11

### Zur Vergabe: 2026-21-Sequenziersystem-E73

#### Eigenerklärung zu Russland-Sanktionen

(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

**Geschäftszeichen des Auftraggebers:** \_\_\_\_\_

**Die nachfolgende Erklärung gebe / n ich / wir verbindlich ab als**

- ☐ Bieter
- ☐ Mitglied der Bietergemeinschaft

**Angaben zum erklärenden Unternehmen:**

Unternehmensbezeichnung des Bieters / Mitglied der Bietergemeinschaft:	
Anschrift:	
Vertretungsberechtigte:	
Website:	

#### Hiermit erkläre/n ich/wir verbindlich

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den  
 In **Artikel 5k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des  
 Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über  
 restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in  
 der Ukraine destabilisieren,

**genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im  
 Sinne der Vorschrift aufweisen,**

- a) **Durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers / Bieters oder die  
 Niederlassung des Bewerbers / Bieters in Russland,**



- b) Durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber / Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) Durch das Handeln der Bewerber//Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**
2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10% des Auftragwertes entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10% des Auftragswertes entfällt.

Ort, Datum, Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift \_\_\_\_\_  
(vertretungsberechtigte Person des erklärenden Unternehmens)

Bedingungen Elektronische Form:

- Das Dokument ist in Textform nach § 126 BGB zu übermitteln. § 126 BGB fordert eine lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist. Die zu übermittelnden Unterlagen und Formulare müssen dementsprechend nicht unterschrieben werden.

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art.1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8.April 2022 lautet wie folgt:

- (1) *Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*
- a) *Russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassenen natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*
  - b) *Juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50% unmittelbar oder mittelbar von einer unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*
  - c) *Natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solchem auf die mehr als 10% des Auftragswertes entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*
- (2) *Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*
- a) *Den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*
  - b) *Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*
  - c) *Die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn Sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*
  - d) *Die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedsstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften, und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.*
  - e) *Den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder*
  - f) *Den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.*
- (3) *Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von Zwei Wochen nach deren Erteilung.*
- (4) *Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für Erfüllung – bis zum 10. Oktober 2022 - von Verträgen, die vor dem 09. April 2022 geschlossen wurden.*